

Protestanten und Katholiken: Gemeinsames zum Thema Schöpfung

Vor sechs Jahren war es das erste Mal, daß die beiden großen Kirchen in der Bundesrepublik sich zusammenfanden und sich mit einer gemeinsamen Erklärung („Grundwerte und Gottes Gebot“; vgl. HK, November 1979, 561–571) zu einer aktuellen Frage an die Öffentlichkeit wandten. In ähnlicher Weise haben sie es nun ein zweites Mal getan, und zwar zum Thema Umwelt bzw. Schöpfung. „Verantwortung wahrnehmen für die Schöpfung“ ist der Titel einer rund 60 Seiten umfassenden Schrift, die vom Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und der Deutschen Bischofskonferenz, durch das Kirchenamt der EKD und das Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz herausgegeben wurde (Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn, Gütersloh 1985).

Soziale und ökologische Marktwirtschaft

An der Erarbeitung der Studie wirkten u. a. mit: auf katholischer Seite die Tübinger Theologieprofessoren *Alfons Auer* und *Walter Kasper* sowie der Würzburger Nationalökonom *Otmar Issing*, auf evangelischer Seite der Münsteraner Professor für Reformierte Theologie und EKD-Ratsmitglied *Hans Helmut Eßer*, der Bonner Theologieprofessor *Martin Honecker* und der Hannoveraner Landschaftsplaner *Hans Kiemstedt*. Der Öffentlichkeit vorgestellt wurde die Erklärung durch *Hans Helmut Eßer* für die EKD und den Bischof von Mainz, *Karl Lehmann*, der auch für die Endredaktion des Textes mitverantwortlich zeichnete.

In fünf Schritten geht die Erklärung an ihr Thema heran: Zunächst werden verschiedene weltanschauliche, strukturelle, konzeptionelle, sozialpsychologische und moralische Ursachen für die Umweltkrise diskutiert (Kapitel 1), bisherige Lösungsversuche

(„herkömmlicher Naturschutz“, „umfassenderes ökologisches Engagement“, „pragmatischer Umweltschutz“) werden auf ihre Tragfähigkeit hin untersucht (Kapitel 2). Man zeigt die ethische Dimension der ökologischen Herausforderung auf (Kapitel 3). Für die christliche Botschaft werden daraus theologische Folgerungen gezogen (Kapitel 4) und Forderungen für ein neues Denken und Handeln skizziert (Kapitel 5; ein neuer Lebensstil, ein Wirtschaften, das als System der sozialen Marktwirtschaft seine ökologische Verantwortung entdeckt, eine umfassende ökologische Orientierung der Politik). Für Kirche und Gemeinden werden abschließend vier Aufgaben genannt: ein Eintreten für die „Wahrheit von der Schöpfung“, das Bemühen, Kräfte freizusetzen zur Wahrnehmung von Verantwortung in diesem Bereich, wobei auf ein beispielhaftes Verhalten der Kirchen und Gemeinden selbst als „Grundeigentümer, Bodenbewirtschaftler, Bauherr und Anstellungsträger“ Wert gelegt wird; außerdem der Dienst der Versöhnung zwischen gegensätzlichen Positionen und Interessen sowie – last not least – die Vermittlung von Hoffnung, denn das Wahrnehmen von Verantwortung für die Schöpfung dürfe nicht gelähmt werden durch „apokalyptische Ängste“.

Herkömmlicher Naturschutz reicht nicht mehr

Zur Frage der Rolle der Kirchen in Zusammenhang von Ökologie und Umweltschutz wird mit Nachdruck darauf hingewiesen, es gelte, das Verhältnis von Mensch und Natur von Grund auf zu überdenken. *Bloße Kurskorrekturen* reichten längst nicht mehr aus. Man müsse vielmehr einsehen lernen, daß hinter der Umweltkrise letztlich die *Krise des Menschen* und seiner Unfähigkeit stehe, in rechter Weise

Verantwortung zu übernehmen. Der Beitrag der Christen zur Bewältigung der ökologischen Probleme bestehe vor allem darin, jenes *neue Denken* anzustoßen, das zu einem sensibleren Verhältnis der Menschheit zu Welt, Geschichte und Natur führe. Umgekehrt sei die gegenwärtige Umweltkrise „nicht eigentlich Folge des Christentums, sondern eines einseitigen wissenschaftlich-technischen Wirklichkeitsverständnisses und der damit verbundenen Verabsolutierung des Menschen“.

Ein *Naturschutz*, wie er schon seit dem Ende des letzten Jahrhunderts bestehe, reiche als Ansatz für ein gewandeltes Verhältnis zu Umwelt und Natur letztlich nicht aus. Hier werde zumeist das Ausmaß der Bedrohungen, der man sich heute gegenseitig, verkannt. So wichtig das *ökologische Engagement* von Einzelpersonen und Gruppen seit Mitte der sechziger Jahre auch gewesen sei – man habe mit den pessimistischen Prophezeiungen zumeist Recht bekommen –, die Erklärung weist auch auf die Grenzen dieses Bemühens hin: Naturwissenschaftliche Einsichten würden vielfach unmittelbar in Wertpositionen und ethische Handlungsmaximen umgesetzt, Zielkonflikte verkannt, vielfach allzu radikale Schlußfolgerungen gezogen. Im Rahmen eines *pragmatischen Umweltschutzes* seit dem Beginn der siebziger Jahre werde im übrigen deutlich, daß weiterführende Zusammenhänge wegen des Erfolgswangs vielfach außer Betracht blieben; es würden vielfach Maßnahmen vermieden, die Nachteile für die Wirtschaft mit sich bringen könnten. Zwischen den weitreichenden Zielvorstellungen mancher Gesetzestexte und der Anwendungsrealität bestehe ein unverkennbares Mißverhältnis.

Was nützt: eine Haltung der Achtung und Schonung

Als eine grundlegende Orientierung für eine ökologische Ethik verweisen die Kirchen auf eine nötige *Ehrfurcht vor dem Leben*. Sie bewirke auch eine Scheu vor dem „rein nutzenden Gebrauch, eine Haltung der Beachtung und Schonung“. Sie vermittele Ein-

sicht in gegebene Grenzen, in die Endlichkeit und Vergänglichkeit, vor allem in die Verletzlichkeit der Schöpfung und Mitkreatur. Im Anschluß daran werden drei Vorzugsregeln formuliert: „– Es ist sittlich verwerflich, die Umwelt so zu verändern, daß dadurch heute oder zukünftig lebende Menschen klar voraussehbar Schäden erleiden ... – Die Umwelt darf zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse herangezogen werden, solange Nachteile und Schäden für Mensch und Natur nicht größer sind als der Nutzen aus dem Gebrauch der Naturgüter und solange dabei der Fortbestand der Menschheit garantiert bleibt. – Die Umwelt ist mit aktiven und notfalls einschneidenden Maßnahmen zu erhalten und zu schützen, solange dadurch nicht gegenwärtig oder zukünftig lebenden Menschen schwerer Schaden zugefügt wird.“

Ein Diskussionsstand wird festgeschrieben

Im Gegensatz zu der nur wenige Tage später veröffentlichten Studie „Schöpfungsglaube und Umweltverantwortung“ des Theologischen Ausschusses der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) (Hg.: *Hans Christian Knuth, Wenzel Lohff*, Lutherisches Verlagshaus, Hannover 1985), die stärker nach der theologischen und biblischen Grundlegung des Schöpfungsglaubens fragt, ist die gemeinsame Erklärung deutlich auf den Adressatenkreis einer größeren, gerade auch nichtkirchlichen Öffentlichkeit ausgerichtet. Wenn Bischof Lehmann von der Erklärung sagte, mit ihr habe man „gleichsam einen Katechismus einer neuen ökologischen Moral“ versuchen wollen, so mag der Vergleich zu hochgegriffen sein, er zeigt aber das Bemühen, die hier angeschnittenen Fragen als Anfrage an zentrale Aussagen des christlichen Glaubens zu begreifen, selbst wenn dieser Teil dann aufs Ganze gesehen eher kurz ausgefallen ist. Man kann natürlich darauf hinweisen, daß die Kirchen mit dieser Erklärung eigentlich spät kommen, wenn auch vielleicht nicht zu spät. Man kann das ganze auch als „recht zaghafte Anfra-

gen“ (Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 9. 6. 85) werten. Bevor man aber mit unangemessenen Kriterien an diese Erklärung geht, muß man sich über ihren Charakter im klaren werden. Mit dieser Erklärung ratifizieren die Kirchenleitungen mehr eine Entwicklung, die bereits in Theologie und Kirche ihre Spuren hinterlassen hat, als daß sie grundlegend neue Gedanken in die Debatte werfen.

Der Wert der Erklärung liegt daher auch nicht so sehr in einer – was der eine oder andere vielleicht vermissen mag – eigenen und gewagten neuen Sicht der Sachverhalte. Der Wert besteht eher zum einen – hierin eine Parallele zur Grundwerte-Erklärung von 1979 – in der, wie es damals hieß, „Gemeinsamkeit“, zum anderen in der Tatsache, daß kirchenamtlicherseits ein bestimmter Diskussionsstand festgeschrieben wird, auf den man sich von jetzt an beziehen kann.

Im übrigen ist es keineswegs so, als stelle die Erklärung für die beteiligten Kirchen lediglich eine Wiederholung dessen dar, was anderenorts bereits hinlänglich formuliert worden ist. Die EKD hatte sich bislang lediglich zu mehr oder minder gewichtigen Detailfragen geäußert: 1977 zu Fragen der Energiepolitik (vgl. HK, November 1977, 574 ff.) und 1984 im Rahmen einer Denkschrift zu Fragen der Landwirtschaft (vgl. HK, Mai 1984, 241), während sich die deutschen katholischen Bischöfe in ihrer Erklärung zu Fragen der Umwelt und der Energie-

versorgung von 1980 (vgl. HK, November 1980, 560–566), einer insgesamt zu wenig beachteten Äußerung, zwar bereits zu dieser Thematik zu Wort gemeldet hatten, allerdings durchaus allgemeiner und in der Art der Behandlung mit einem eher spirituellen Akzent.

Der Erklärung ist zu wünschen, daß sie Eingang findet in den Prozeß der Meinungsbildung, wie er gerade auch in den traditionellen Parteien z. Z. im Gange ist. Wenn die Umweltproblematik nicht nur als eine pragmatische Angelegenheit der Tagespolitik gesehen werden soll, wenn über individuelle Appelle hinaus Veränderung in Gang gesetzt werden soll, dann dürfte den Kirchen ein nicht leicht zu unterschätzender Anteil an den Bemühungen zukommen. Und dafür könnte es nur vorteilhaft sein, wenn die Kirchen sich in Zukunft entschlossen, mehr und mehr wie in dieser Frage mit einer Stimme zu sprechen. – Leider besteht zum Stichwort Gemeinsamkeit offenbar kein Anlaß zu allzu hohen Erwartungen: Die ökumenische Zusammenarbeit stößt immer noch an Barrieren, und sei es nur bei der verlegerischen Zusammenarbeit zur Veröffentlichung solcher Erklärungen. 1979 gaben ein evangelisches und katholisches Verlagshaus die Grundwerte-Erklärung gemeinsam heraus, diesmal geht man in dieser Angelegenheit bereits wieder getrennte Wege. Hoffentlich kein Symptom.

K. N.

EKD-Synode: Ökumenische Zwischenbilanz

Daß der katholische Bischof, in dessen Diözese eine Tagung der EKD-Synode stattfindet, vor den Synodalen ein Grußwort spricht, ist längst zur Selbstverständlichkeit geworden. Bei der 1. Tagung der 7. Synode der EKD, zu der die 120 Mitglieder vom 21. bis 24. Mai in Berlin zusammenkamen, hielt jetzt sogar ein katholischer Bischof eines der Hauptreferate: Bischof

Paul-Werner Scheele von Würzburg gab zusammen mit *Martin Kruse*, dem evangelischen Berliner Bischof, einen Bericht zum Stand der *Arbeit der Gemeinsamen Ökumenischen Kommission*, die nach dem Papstbesuch in der Bundesrepublik im Herbst 1980 ins Leben gerufen worden war. Die erste Arbeitssitzung der Kommission hatte Anfang Mai 1981 in München stattge-